

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

25.5.1866 (No. 122)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 23. Mai.

N. 122.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 fr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

Frankfurt, 24. Mai. Bundesversammlung. Der Antrag der bei der Bamberger Konferenz betheiligten Regierungen wurde einstimmig angenommen. Oesterreich und Preußen erklären, in der nächsten Sitzung die Voraussetzungen mittheilen zu wollen, unter denen sie abzurufen wollen. Preußen begleitet seine Zustimmung mit einer Erklärung, die im Wesentlichen besagt: Es hätte erwarten dürfen, daß wie Oesterreich und Sachsen, so auch Württemberg sich der Betheiligung an der Antragstellung enthalten hätte, indem auch Württemberg durch unmotivirte Rüstungen Preußen zu Gegenmaßregeln genöthigt und dadurch die gegenwärtige Spannung in verschuldet habe. Preußen habe seine ernstliche Absicht, den Frieden zu erhalten, dadurch dokumentirt, daß es den Antrag auf Parlamentsberufung am 9. April gestellt, denn ein Parlament biete die Gewißheit der Sicherung des Friedens, indem alle deutschen Volksstämme die Ausgleichung ihrer Interessen auf friedlichem Wege erstreben und die Verfolgung von Sonderinteressen auf dem Wege kriegerischer Rabinetspolitik verwerfen. Preußen ermahnt daher nochmals dringend, die Berufung eines Parlaments als vielleicht noch einziges Mittel zur Abwehr des Krieges erklärter gegen Deutsche zu beschließen. Hannover erkläre bezüglich seiner Verhandlungen mit Preußen, es werde die Bundespflichten streng einhalten. Oldenburg beantragt die Einleitung des Auftragsverfahrens in Betreff der Ansprüche Oldenburgs auf Holstein. Geht an den holsteinischen Ansuchen. Der Antrag der Niederlande auf die Entlassung Limburgs aus dem Bundesverband wird einem besondern fünfgliedrigen Ausschuss überwiesen.

Frankfurt, 24. Mai. Nach einem Pariser Telegramm der hier erscheinenden „Europe“ soll die Donaufürstenthümer-Konferenz morgen oder übermorgen wegen der Ankunft des Prinzen Karl von Hohenzollern in Bukarest zusammengetreten. Die russischen und türkischen Truppen sind nicht in die Donaufürstenthümer eingerückt und können es auch nicht ohne Ermächtigung von Seiten der Konferenz.

Frankfurt, 24. Mai. Nach einer Anzeige der Main-Weber-Bahn-Verwaltung wurden sämtliche in der Richtung vom Rhein nach Thüringen und Sachsen mit Benutzung der Main-Weber-Bahn, Friedrich-Wilhelms-Nordbahn und Thüringer Bahn angelegten 69 preussischen Militärzüge, die heute beginnen sollten, abbestellt.

München, 24. Mai. Die Regierungen des süddeutschen Münzvereins haben vereinbart, den Kursverth der österreichischen Scheser mit den Jahreszahlen 1848 und 49 auf 5 Kreuzer festzusetzen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 24. Mai. Die auf heute Vormittag 9 Uhr anberaumte Sitzung der Zweiten Kammer, die Erstattung und Berathung des Berichts über die Vorlage, die Bewilligung eines außerordentlichen Kredits zur Bestimmung von 1400 Militärsperren betr., wurde abbestellt; dagegen Tagesordnung auf morgen Vormittag 9 Uhr festgesetzt, und kommt hiernach der vom Abg. Friedrich erstattete Bericht über 1) das ordentliche Budget der Postverwaltung, 2) das ordentliche Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, 3) das außerordentliche Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, 4) das Budget der Bodensee-Dampfschiffahrts-Verwaltung, 5) das Budget über die umlaufenden Betriebsfonds der Post, Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Verwaltung, 6) das Budget über den Antheil der groß. Staatsbahn am Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn und des Main-Neckar-Staatstelegraphen für die Jahre 1866 und 1867 zur Berathung.

Deutschland.

Frankfurt, 23. Mai. Der in der Bundestags-Sitzung vom 19. d. M. von Seiten der Niederlande bezüglich der Ausscheidung Limburgs aus dem Bunde gestellte Antrag wurde im Wesentlichen, wie folgt, motivirt:

Es wurde zuerst auf die Verhältnisse Bezug genommen, welche es dem König Wilhelm I. der Niederlande zur Nothwendigkeit machten, im Jahr 1839 auch für das jetzige Herzogthum Limburg mit Ausnahme der niederländischen Festungen Mastrich und Venlo dem Deutschen Bunde beizutreten (Bundesbeschluss vom 5. Sept. 1839). Der damalige Vorbehalt, daß Limburg unter dieselbe Verfassung und Verwaltung mit den Niederlanden gestellt würde, habe zwar so keinelei Ungleichheiten mit dem Bunde geführt, aber eben so wenig eine Annäherung Limburgs an Deutschland bewirkt. Der Anschluß an dieses sei unfreiwillig und im Gegenjah der beiderseitigen Sprache, Bildung, Sitten und Verhältnisse geschehen; daher werde die Lösung von dem Herzogthum, wie von den Bewohnern der Niederlande, auf welche schließlich doch die Lasten des Bundesverhältnisses zurückfallen, gewünscht. Die geographische Lage der Festungen Mastrich und Venlo, rings vom deutschen Bundesgebiet umschlossen, provozire Konflikte zwischen Niederlande und Deutschland. In dem ersten,

nicht in dem letztern, liege der Schwerpunkt aller Interessen Limburgs, welches nicht einmal, gleich Luxemburg, eine eigene, vom Hauptland getrennte Verfassung und Verwaltung habe. Diese Gleichartigkeit aller Zustände mit dem Hauptland irritire die Stellung zum Bunde. Die freiwillige Lösung des unfreiwilligen Bundes sei mithin für beide Theile zweckmäßig und ehrenvoll. Zumal in einer Zeit, wo der Bund deutsche Provinzen von der Verbindung mit dem dänischen Staat befreit habe, werde er umgekehrt sein Dasein nicht dem Wunsch einer Entlassung des nichtdeutschen Herzogthums aus dem Bundesverhältnis verschließen. Vertrauensvoll stelle daher die niederländische Regierung den Ausscheidungsantrag.

Dabei wahrte sich übrigens Luxemburg den ganzen Umfang seiner Rechte als Bundesmitglied, falls der Austritt Limburgs aus dem Bunde genehmigt würde.

Stuttgart, 23. Mai. Auf die (bereits mitgetheilte) Thronrede, womit Se. Maj. der König den Landtag eröffnete, hielt der Präsident der Kammer der Standesherren, Graf v. Kochberg, eine Antwortrede, der wir Folgendes entnehmen:

Der Friede unseres großen und blühenden Vaterlandes, die Wohlfahrt von Millionen, die großen friedlichen Ertragschaften eines halben Jahrhunderts sind auf das schwerste bedroht durch den Widerstreit der beiden deutschen Großmächte, die mit Aufheben ihrer gesammten Kraft zum blutigen Kampfe bereit einander gegenüberstehen. Mit warmem Dankgefühl vernehmen wir, daß Ew. Maj. fortwährend das eifrigste Bestreben betheiligen, den Ausbruch eines so unheilvollen Kampfes zu verhüten. Ihrer getreuen Stände angelegentlichste Sorge wird es sein, Ew. Königl. Maj. Bemühen aufs kräftigste zu unterstützen. Sollte aber, was Gott in seiner Gnade verhüten wolle, der Kampf zum Ausbruch kommen, der unsere theuersten Güter, unsere kostbarsten Interessen zu vernichten, unser großes Vaterland zu zerreißen, und unsere eigene Existenz in Frage zu stellen droht, so wird das württembergische Volk und werden die getreuen Stände des Königreichs Ew. Maj. Regierung zur Seite stehen, um mit allen Kräften die gefährdeten Interessen zu schützen, dem Rechte zum Sieg zu verhelfen und einen Zustand der Dinge herbeizuführen, der, indem er die deutschen Volksstämme und Regierungen gleichmäßig zu befriedigen geeignet ist, die sichere Gewähr eines dauernden friedlichen Zusammenlebens in sich trägt.

Stuttgart, 23. Mai. In der Abend-Sitzung der Zweiten Kammer wurden zwei Gesetzentwürfe vorgelegt. Der eine stellt die gesammte Landwehr dem Kriegsminister zur Verfügung; der zweite verlangt einen Kredit von 7,700,000 fl. Der Kriegsminister kann hiernach die Landwehr oder Theile derselben jeden Augenblick nach Bedarf zum Kriegsdienst oder zu bloßen Einübungen einberufen. Ebenso kann er über das Geld bei der Staatskassa, das durch Anlehen zu realisiren ist, nach Maßgabe des Bedarfs verfügen. Es ist zu Bestreitung aller Kosten einer 6monatlichen Feldausstellung des Truppenkorps berechnet. Beide Gesetzentwürfe werden einer besondern, noch zu wählenden Kommission zur Begutachtung zugewiesen. Diese, sowie eine Legitimationskommission, welcher eine eingelaufene Beschwerde gegen die Tübinger Wahl zugewiesen wird, sollen heute in einer Abend-Sitzung gewählt werden.

Darmstadt, 23. Mai. (Fr. Z.) Das Finanzministerium hat dem Präsidium der Zweiten Kammer brieflich eine Vorlage wegen der Kosten für feldmäßige Ausrüstung unserer Armeedivision angefündigt und um Einberufung der Abgeordneten zu einer im Lauf dieser Woche abzuhaltenen Sitzung gebeten. Bestem Vernehmen nach beabsichtigt jedoch das Präsidium, dem letztern Wunsche wegen Kürze der Zeit nicht zu entsprechen.

Kassel, 22. Mai. (Kass. Ztg.) Sicherlich Vernehmen nach soll das achte (7.) preussische Armeekorps von Münster aus mit Benutzung der westfälischen, der kurfürstlich-friedrich-wilhelms-Nord- und der thüringischen Eisenbahn an die königl. sächsische Grenze besördert werden. Es sind hierzu 69 Extrazüge erforderlich, welche vom 27. d. M. ab täglich mit 8 Extrazügen erpeert werden sollen, und sind hiernach mit den betreffenden Bahnverwaltungen die nöthigen Verabredungen getroffen.

Aus Kurhessen, 22. Mai. Der „Frkf. Post-Ztg.“ schreibt man: „Der von Preußen geordnete Neutralitätsvertrag wird mit Beziehung auf das Bundesrecht nicht abgeschlossen werden. Ob und welchen Einfluß dieser Schritt auf den hannoverschen Nachbarstaat äußern wird, dürfte sich wohl in Kürze ergeben.“

Koblenz, 21. Mai. (A. Z.) Das hier stehende 39. Infanterieregiment hat heute Morgen Befehl zum Abmarsch nach Weisklar erhalten. Morgen geht das 1. Bataillon, übermorgen das 2. und 3. dahin ab. Vier Infanterieregimenter werden in Weisklar zusammengezogen, nämlich außer dem 39. auch das 30., das in Frankfurt, das 32., das in Mainz gestanden, und das 70., das aus der Gegend von Trier gekommen ist. Zu diesen vier Regimentern kommt noch Artillerie und ein Husarenregiment. — In der Gegend von Berlin werden sämtliche Garderegimenter zusammengezogen. Man glaubt, die Garderegimenter würden von Berlin nach der sächsischen Grenze dirigirt werden. — Der erste Kommandant von Koblenz und Ehrenbreitenstein, General

v. Hartmann, hat den Befehl erhalten, sich zum Kronprinzen zu begeben, dem ein Kommando in der Provinz Sachsen übertragen sein soll.

Leipzig, 21. Mai. (Opz. Bl.) Bei den hiesigen königl. Untergerichten ist eine Verordnung des Justizministeriums eingegangen, wonach es jüngern, zum Kriegsdienst geeigneten Beamten freigestellt wird, ohne Nachtheil in Bezug auf ihre bisherige Laufbahn im Fall der Rückkehr zu derselben, als Offiziere in die Armee einzutreten. Eine gleiche Verordnung des Finanzministeriums ist bei den hiesigen Zoll- und Steuerbehörden eingegangen. — Die sächsisch-böhmische Bahn ist bis auf Weiteres für den Güterverkehr gesperrt.

Dresden, 22. Mai. Das „Dresdner Journ.“ sagt heute: Die Nachricht, daß der Kongress allseitig angenommen sei und nächsten Freitag die Eröffnung desselben stattfinden werde, wurde und gestern von Berlin aus besser Quelle gemeldet, und wir theilen uns deshalb, unsern Lesern diese Nachricht, ihres friedlichen Charakters wegen, per Extrablatt mitzutheilen; wie es scheint, bedarf dieselbe in dessen noch der Bestätigung.

An anderer Stelle sagt dasselbe Blatt: Der europäische Kongress, dessen Zusammentritt in Paris unter Theilnahme des Deutschen Bundes in Aussicht steht, bringt eine wichtige Aenderung in der momentanen Lage hervor. Nicht nur ist mit Sicherheit vorauszusetzen, daß während der Dauer dieses Kongresses keine der Mächte, die sich in Waffen einander gegenübersehen, angreifen und damit den Krieg beginnen wird, es ist dadurch auch überhaupt die Hoffnung auf eine friedliche Lösung noch einmal neu belebt worden. Wird nun auch Sachsen die zunächst zur eigenen Sicherheit getroffenen militärischen Maßregeln nicht eher wieder aufheben können, als bis die Gefahren beseitigt sind, gegen welche sie getroffen wurden, so befindet sich die Regierung doch auch in diesem Augenblick nicht mehr in der Lage, den Kammer irgend einen bestimmten Antrag vorlegen zu können, da sich bei der momentanen Gestaltung der Verhältnisse nicht mit Sicherheit vorhersehen läßt, was die nächste Zeit bringen und in welcher Weise, sowie in welchem Umfang eine ständische Ermächtigung für die Regierung nothwendig sein wird. Unter diesen Umständen haben Se. Königl. Maj. beschlossen, den auf den 23. d. M. bestimmten Zusammentritt des außerordentlichen Landtags bis auf Weiteres aufzuschieben.

Braunschweig, 21. Mai. (Fr. Z.) Vom 25. d. M. ab sind hier 80 Militärzüge, von Westphalen kommend, angelagert. Das ganze preussische 7. Armeekorps scheint nach Sachsen übergeführt zu werden, ein Zeichen, daß man dort militärische Aufstellungen gegen Hannover nicht mehr für nöthig erachtet.

Hendenburg, 18. Mai. In der gestrigen General-Versammlung des hiesigen schleswig-holsteinischen Vereins wurde folgende Resolution:

Die Versammlung erklärt: das schleswig-holsteinische Volk muß verlangen, daß die gesammte Wehrkraft des Landes, in einem zu reorganisirenden schleswig-holsteinischen Heer vereinigt, an der Seite Oesterreichs und der bündestreuern Staaten in den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands und unser Landesrecht, unter der Voraussetzung, daß Oesterreich und der Bund unser Landesrecht anerkennen,

nach einer lebhaften Debatte mit großer Majorität angenommen. — Eine gestern hier abgehaltene Zusammenkunft des Hrn. v. Mantuffel mit Hrn. v. Gablenz betraf, der „Wes.-Ztg.“ zufolge, lediglich den bevorstehenden Wechsel im Festungskommando.

Flensburg, 18. Mai. Die in Schleswig stehenden preussischen Regimenter haben nun alle ihre Reservisten eingezogen und sind, das Bataillon zu 1002 Mann, auf Kriegsstärke gesetzt. In den letzten Tagen kamen immer wieder Extrazüge, welche die Mannschaft nach Schleswig, wo viel Militär zusammengezogen ist, Sonderburg (für die Doppelpoststellung), Augustenburger, Apenrade und Hadersleben brachten.

Berlin, 22. Mai. Der „Köln. Ztg.“ geht von ihrem offiziellen Berliner Korrespondenten folgende Mittheilung zu:

Die Telegramme der heutigen Abendblätter aus Kassel und Hannover, daß daselbst österreichische Bevollmächtigte eingetroffen sind, um wegen der Ankunft österreichischer Truppen Rücksprache zu nehmen, lassen die Absicht des Wiener Kabinetts erkennen, auch die norddeutschen Bundesstaaten zu Rüstungen gegen Preußen zu bestimmen. Die Brigade Kalit soll außerdem aus Holstein gezogen und durch Hannover und Kurhessen nach Darmstadt dirigirt werden, um dort den Kern einer gegen Preußen zu bildenden Bundesarmee abzugeben. Preußen kann diese Konzentration nicht mit Gleichgültigkeit betrachten. Wäre wirklich der Rückzug der österreichischen Truppen aus Holstein beabsichtigt, so ist gar kein Grund vorhanden, diese 6000 Mann nicht auf den preussischen Eisenbahnen nach Böhmen zu ziehen. Wiener Blätter bringen zwar Erzählungen von Beleidigungen, welche österreichischen Offizieren und Soldaten in Berlin vom Volk zugefügt sein sollen, und suchen darin ein Hinderniß des Rückzugs durch Preußen; allein diese Nachrichten sind, wie Jedermann hier weiß, erdichtet. Den durchpassirenden österreichischen Soldaten ist in Berlin stets die freundlichste Rücksicht zu Theil geworden. Würde es dem österreichischen Einfluß gelingen, Kurhessen und Hannover zu Rüstungen zu bestimmen, so würde dies in der Absicht geschehen, um dem österreichischer Seite demnächst am Bund beabsichtigten Antrag auf

Mobilisierung der Bundeskontingente eine allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Da Oesterreich erklärt hat, Preußen nicht anzugreifen zu wollen, so soll für diesen Zweck der Bund vorgeschoben und die schleswig-holsteinische Frage benützt werden, um eine Bundesexekution gegen Preußen zu verfügen. Aber es ist dabei nicht außer Acht zu lassen, daß eine Bundesexekution nur auf Grund und nach Einleitung des Bundesretentions-Verfahrens beschloffen werden kann, welches durch die Exekutionsordnung vorgeschrieben ist. Beschließt der Bund die Exekution gegen Preußen, ehe alle Formalitäten dieser Ordnung erschöpft sind, so wird man doch nicht in Wien behaupten wollen, daß die Bundesgesetze respektirt werden. Die Exekution ohne eingeleitetes und erledigtes Verfahren ist ebenso eine Sprengung des Bundes, als ein Krieg Oesterreichs gegen Preußen aus andern Motiven.

Weiter schreibt man dem genannten Blatt: „Die direkte Berufung des Parlaments in Preußen mit Zulassen aller Derjenigen, die außerhalb Preußen nach einer bestimmten Seelenzahl gewählt würden, soll bei dem Ausbruch des Krieges, der alle anderen Wege abschneiden würde, zu erwarten sein. Wiederholt wird bestätigt, daß Preußen von allen norddeutschen Staaten Garantien wegen ihrer Neutralität wenigstens in dem Sinn verlangt, daß ihr Territorium nicht von dem Gegner strategisch gegen Preußen verwertbar werden könne.“

Berlin, 22. Mai. Dem „Jrff. Journ.“ wird geschrieben: „Man wird sich hier schwerlich noch ein Mal durch Mittheilungen über einen zu Stande gekommenen Kongreß irre führen lassen, nachdem zur Genüge ersichtlich geworden ist, daß von hier aus eher gegen als für ein derartiges Projekt agitirt wird. Bismarck's Politik steuert direkt auf den Krieg los, und darum könnte ja ein Kongreß diesen Plan so oder so vereiteln. Die Bekämpfung des Kongreßprojekts ist dem Minister ohnehin dadurch erleichtert, daß Oesterreich wie Italien nichts an den Einreden und Vorstellungen der übrigen Mächte gelegen ist. Man will in Turin und in Wien gerade so den Krieg wie hier. Alle Friedensgerüchte basiren auf nichts als Wünschen und der Vorstellung, daß kein Sterblicher die Verantwortung für einen deutschen Bürgerkrieg auf sich laden könne. Die Thatsachen lehren, daß Alles geschieht, um diesen Krieg in Szene zu setzen. Und dabei legt, obwohl auf allen Straßen und Plätzen der Stadt schon das regste militärische Treiben herrscht, die Bevölkerung so unendlich wenig Interesse für den Krieg an den Tag, daß man sich unwillkürlich fragt, wie in aller Welt es möglich sein könne, ohne die Begeisterung des Volks sich in das kühnste Waagniß einzulassen, das nur gedacht werden kann. Mit den auswärtigen Wirren wird sich der innere Konflikt steigern, und wenn wir schon mitten im Kriege stehen. Darauf machen sich alle bewährte Abgeordnete gefaßt, die unbedenklich auch dem neuen Hause wieder angehören werden.“

Berlin, 23. Mai. Auf die Adresse der Breslauer Gemeindebehörden hat Se. Maj. der König (nach der „Prov.-Korr.“) folgende Antwort ertheilt:

Die Worte, welche Magistrat und Stadtvorordnete der Stadt Breslau in der Vorstellung vom 15. d. M. an Mich richten, habe Ich gern vernommen. Ich erkenne in ihnen den Ausfluß desselben Geistes, welcher im Jahr 1813 die Väter der heutigen Bewohner Breslaus besetzte; es hat Mir wohlgefallen, daß die Vertreter der Stadt diesem Geiste mit Ernst und Wärme Ausdruck gegeben haben. Niemand kann die Schwere der Opfer, welche der Krieg dem Vaterland auferlegen würde, schmerzlicher empfinden, als Ich; Niemand das Bedürfniß lebhafter fühlen, daß dieselben von Herrscher und Volk in ungetrübter Eintracht getragen werden. Möge Mein Wort der Stadt Breslau als Bürgschaft dienen, daß kein ehrsüchtiges Streben, selbst nicht dasjenige, welches im Interesse des großen gemeinamen Vaterlandes berechtigt genannt werden könnte, sondern nur die Pflicht, Preußen und seine heiligsten Güter zu verteidigen, Mich Mein Volk hat zu den Waffen rufen lassen. Mögen die Einwohner der Stadt überzeugt sein, daß die Vertheidigung über die zwischen Meiner Regierung und dem Landtag streitigen Fragen das Ziel Meiner Wünsche und Meines eifrigen Strebens ist. In der Hoffnung, diesem Ziele näher zu treten, in der Hoffnung, daß Angesichts der Gefahren, welche Preußen bedrohen, die einander widerstrebenden Rechtsansichten und Stimmungen ihre Vermittlung in der gemeinsamen Hingebung für das Vaterland finden werden, werde Ich den Landtag der Monarchie einberufen. — Durch Anordnung von Neuwahlen ist den Wählern und den Gewählten die Möglichkeit gewährt, frei von den Beziehungen, welche in der Vergangenheit wurzeln, die Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, welche Mein Volk in der gegenwärtigen bedrohten Lage des Landes erfüllt. In diesem Sinn hoffe Ich auf dem bevorstehenden Landtag Meine getreue Stadt Breslau vertreten und durch ihre Abgeordneten zur Herbeiführung der von Mir erstrebten Vertheidigung mitwirken zu sehen.

Die Nachricht, daß Se. Maj. der König in den nächsten Tagen eine Proklamation an das preussische Volk erlassen werde, ist nach derselben Korrespondenz unbegründet. Ebenso sind alle bisherigen Angaben über eine Abreise Sr. Maj. in das zu bildende Hauptquartier in Bezug auf Zeit, Ort und alle Nebenstände durchaus voreilig und irrtümlich. — Der Kronprinz und Prinz Friedrich Karl dürften im Lauf dieser Woche zur Uebernahme der ihnen zugewiesenen Kommandos abgehen.

Die „Prov.-Korr.“ bringt ferner noch folgende Mittheilungen:

Preußen und Italien lehnten einen Kongreß nicht ab, obwohl sie wenig Vertrauen in dessen Erfolg hatten, zumal Oesterreich wegen Venetien sehr widerstrebte. Es erscheint schwierig, eine Basis der Verhandlungen mit der Aussicht des Erfolges festzustellen, und eben deshalb ist es kaum möglich, die Rüstungen einzustellen oder aufs Ungewisse hin aufrecht zu erhalten. Demnächst werden bestimmtere Aufforderungen zu dem Kongreß erwartet, und Preußen wird das Friedenswort so viel als möglich gewiß fördern.

Die preussische Regierung ist, ungeachtet der nahen Beziehungen des fürstlich hohenzollern'schen Hauses zum preussischen Königshaus, an der unerwarteten Entschickung des Prinzen Karl untheilhaftig. Derselbe hat erst nach seinem Eintreffen in der Balachei eine Mittheilung darüber hieher gelangen lassen. Der Vorgang wird im Zusammenhang mit den sonstigen wichtigen Ereignissen und Verwicklungen

gen dieses Augenblicks unzweifelhaft ein lebhaftes Interesse in Anspruch nehmen.

Der Herzog Ernst von Koburg ist heute in Potsdam ein getroffen. Am Mitttag wurde er, vom Kronprinzen begleitet, vom König in Berlin empfangen; er wohnt der morgigen Tauffeierlichkeit bei, und verweilt noch einige Tage am hiesigen Hof.

Berlin, 23. Mai. Einer Verfügung des Kriegsministeriums zufolge wird das Erbschaftsgeschäft überall da, wo es sistirt war, wieder aufgenommen. Bekanntlich haben nach erfolgter Anordnung einer Mobilmachung die Kreis-Erbschaftskommissionen unmittelbar die auszubehende Mannschaft zu designiren. Die Departements-Erbschaftskommissionen treten dann nicht mehr zusammen. — Für die Vertheilung der Kriegskriegsleistungen auf die einzelnen Gemeinden der Kreise bestehen nach Vorschritt des betreffenden Gesetzes gewählte kreisständische Ausschüsse. Neuerdings sind die Bezirksregierungen beauftragt worden, die Landräthe anzuweisen, daß die in diesen Ausschüssen entstandenen Lücken durch Neuwahlen ausgefüllt werden. — Auf dem hiesigen Anhaltischen Bahnhof ist zur Befestigung durchziehender Truppen eine große Feldküche hergerichtet. Ein sehr geräumiger Güterboden dient dabei als Speisesaal und ist mit Sitzplätzen für mehr als 1000 Mann versehen. Im Lauf des heutigen Tages passirte das Grenadierregiment „König Friedrich Wilhelm IV.“ (1. pommersches Nr. 2) auf dem Weg von Stettin in drei Extrazügen durch die Hauptstadt.

Wien, 22. Mai. (Allg. Ztg.) Vorläufig wird die Armee in ihrer jetzigen Stärke für durchaus genügend erachtet, dem eventuellen Feind nach allen Seiten hin die Spitze zu bieten. Man darf dabei den starken Zuwachs nicht außer Rechnung stellen, der den regulären Truppen voraussichtlich durch die aller Orten in der Vorbereitung begriffenen Freiwilligenkorps zugeführt werden wird, und eben so wenig darf man vergessen, daß Tyrol allerdings zum Heer nur das Regiment Kaiserjäger stellt — es wird dasselbe, aller Wahrscheinlichkeit nach im Pulverdampf, gerade in diesem Jahr die Feier seines 50jährigen Bestehens begehen —, daß eben dort die gesammte Bevölkerung unter den Waffen steht. — Gestern rückten die Infanterieregimenter Herzog Wilhelm von Württemberg und Este, beide von ihren hier befindlichen Zubauern in Person begrüßt, sowie ein Ulanenregiment durch Wien, sämmtlich nach dem Norden. Ein zu Schiff befördertes Grenzerregiment (Kroaten) bleibt zunächst hier in Garsniz. Auch in Galizien ist jetzt, der preussischen Grenze zugekehrt, „aus Anlaß und für die Dauer der gegenwärtigen Zeitverhältnisse“ die Passirung wieder in Kraft gesetzt. — In den Blättern ist mehrfach die Rede davon gewesen, daß die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt erschienen sein würden, wenn es ihnen gelungen wäre, über die innere und äußere Politik der Regierung Aufschlüsse zu erlangen, mit denen in der Hand sie in und auf Deutschland hätten wirken können. Vom Grafen Belcredi dergleichen Aufschlüsse zu begehren, ist weder direkt noch indirekt der Versuch gemacht worden; im auswärtigen Amt dagegen hat aus eigener Machtvollkommenheit Hr. Kuranda es unternommen, zu Enthüllungen zu drängen. Graf Mensdorff hat es indeß nicht für angemessen erachtet, die Discretion des genannten Herrn auf irgendwelche, rohe zu stellen, und es ihm lediglich anheimgegeben, ohne Enthüllungen nach Frankfurt zu gehen, oder nicht.

Wien, 22. Mai. Noch weiß man nicht, wie die Kongreßeinladung lauten, und ob dieselbe nur allgemein zur Beschickung eines Kongreßes auffordern oder gleichzeitig die Kompetenz desselben präzisiren oder gar schon Andeutungen über die Art und Weise der Abjüng bringen wird; bevor mit hin die Einladung hier ist, wird Oesterreich seine letzten Entschickungen nicht fassen können. Daß es sich von einem Kongreß vor dem Krieg, und so lange nicht die Machtverhältnisse durch den Krieg eine Aenderung erlitten, kein Resultat verpricht, hat es dem Pariser Kabinet, gleich als der Kongreßgebante wieder aufgenommen wurde, nicht verhehlt. Sind die — bis jetzt — neutralen Regierungen anderer Meinung, so wird es sich dem von ihnen zu machenden Friedensversuch nicht von Anfang an entziehen, falls nicht etwa schon in der Einladung die eine oder die andere Bedingung ausgedrückt sein sollte, die es auf alle Gefahr hin nicht annehmen entschlossen ist. Im Uebrigen wird man eben abwarten müssen, welche Vorschläge der Kongreß zu Tage fördert. Nur Eines dürfte schon jetzt feststehen, und das ist, daß Oesterreich unter allen Umständen für Venetien — von dessen Abtretung ohne Entschickung selbstverständlich gar nicht die Rede ist — keine Geldentschickung annehmen wird. Sollte es möglich sein, irgendwelche entsprechende territoriale Kompensation ausfindig zu machen, so würde die Frage sich wenigstens diskutieren lassen.

Wien, 23. Mai. (N. Jrff. Ztg.) Der Armee wird nun Kriegsgeld bezahlt. — Die Annäherung zwischen Oesterreich und Rußland ist erfolgt. Der Einmarsch russischer und türkischer Truppen in der Moldau bestätigt sich bis jetzt nicht. — In Hamburg ist das preussische Kanonenboot „Tiger“ eingelaufen.

Italien.
Florenz, 23. Mai. (W. L. Z.) Es wird berichtet, der Ministerpräsident Lamarmora habe sich für Annahme des Kongreßvorschlags in seinem vollen Umfang ausgesprochen; er seinerseits sei geneigt, das Werk der vermittelnden Mächte so viel als möglich zu erleichtern.

Mailand, 14. Mai. Man schreibt dem „Nürn. Korr.“: „Die Absichten der Freiwilligen sind auf Wälsch-Tyrol und auf die Insurrektionirung der venetianischen Bevölkerungen gerichtet; unter der Hand sollen bereits viele Waffen in's Venetianische hineingeschmuggelt worden sein. Der Operationsplan der regulären Armee theilt sich angeblich in zwei Theile: Umgehung der Festungen; Angriff auf Pola, Schlacht im Friaul oder am Jongo. Die Flotte wird gleichzeitig verschiedene Punkte des Adriatischen Meeres bombardiren. An

so stehen sich die beiden Heere bereits kampffertig gegenüber. Heute Morgen waren alle Kontingente zu den Fahnen gestoßen, und die Eisenbahnen nehmen wieder ihren regelmäßigen Dienst auf. Dem preussischen Generalkonsul Schramm hier wurde gestern eine Volksoblation dargebracht. Man liebt Bismarck leben; das Volk wußte jedoch den Namen nicht auszusprechen.

Frankreich.

Paris, 23. Mai. Die Wochenschau des kleinen „Moniteurs“ enthält eine gedrängte Uebersicht der Ereignisse. In Bezug auf den Kongreß sagt er:

Frankreich, England und Rußland beschäftigen sich sorglich mit dem Schritt, den sie, um einem Konflikt zuvorzukommen, zu unternehmen übereingekommen sind. Um ihrem Vorschlag einen wirklich nutzbringenden Charakter zu geben, haben sie es für nöthig erachtet, von vorn herein die Fragen anzudeuten, welche der auf ihren Rath einzuberufenden Konferenz vorzuliegen sind. Der Zweck der drei Kabinette ist nicht der, sich zu Schiedsrichtern der Streitigkeiten aufzuwerfen, um derentwillen Deutschland und Italien unter Waffen stehen, sondern einzig, um den Verhandlungen eine sichere Grundlage zu geben und die Debatten auf die Punkte zu lenken, welche, ihrer Ansicht nach, Ursachen eines Zusammenstoßes sind. Die Mächte einigen sich im Augenblick über die Ausbrüche der Note, welche sie nach Wien, Berlin, Frankfurt und Florenz zu richten gedenken, und es ist Grund zur Annahme vorhanden, daß sie unverweilt in der Lage sein werden, diese wichtige Mittheilung den Regierungen, für welche sie bestimmt sind, zugehen zu lassen.

Das „Journ. des Déb.“ erwartet nicht viel von einem eventuellen Kongreß, und zwar hauptsächlich wegen der Schwierigkeiten, welche die Kompensationsfrage darbietet. Wenn man auch derartige Tauschobjekte, die den Regierungen genehm wären, ausfindig machen könnte, so käme es immer noch sehr darauf an, ob auch die betreffenden Bevölkerungen mit den Verfügungen der Diplomatie einverstanden sein würden. Wären sie es aber nicht, so hätte ja die Diplomatie weiter Nichts zu Wege gebracht, als an die Stelle der alten Wiener Verträge neue Wiener Verträge gesetzt. Auf der andern Seite müßte sich die Aktion der drei vermittelnden Mächte, sowie sie einmal nicht entschlossen seien, das Ergebnis ihrer Berathung und Vermittlung durch Gewaltmittel durchzuführen, auf freundschaftliche Vorstellungen beschränken, auf welche die direkt bethelligten Mächte nicht weiter, als es ihrem speziellen Interesse zuzuge, Rücksicht zu nehmen brauchten.

Auch die „France“ gibt sich keinen großen Hoffnungen auf den Erfolg des projektirten Kongreßes hin. Uebrigens hält sie fest an der Behauptung, daß die Antwort Rußlands auf die französischen Mittheilungen bis jetzt hier nicht eingetroffen ist. Die von der „Patrie“ gegebene Nachricht erklärt sie für durchaus unbegründet. Trotzdem bleibt die „Patrie“ immer noch hartnäckig dabei, die Notifikation des Vorschlags zur Eröffnung des Kongreßes als eine vollendete Thatsache darzustellen. Sie geht sogar in ihrem Eifer so weit, die Erwartung auszusprechen, daß die offiziellen Antworten Preußens, Oesterreichs und Italiens nächsten Sonntag oder Montag antommen werden.

Nicht geringeren Optimismus legt die „Patrie“ an den Tag bezüglich der Angelegenheit der Donaufürstenthümer. Die Nachricht vom Einrücken der Russen und Türken hält sie einfach für unbegründet und glaubt, daß das energische Auftreten des Prinzen von Hohenzollern die Situation vollständig geändert habe und die Konferenz in Paris sich beilen werde, das Verfahren des Prinzen Karl von Hohenzollern als eine vollendete Thatsache anzuerkennen, welche ernstlichen Verwicklungen sehr glücklich vorbeugt hat. — Rente 63 3/5, Cred. mob. 505, ital. Anl. 39.05.

Spanien.

Madrid, 23. Mai. (W. L. Z.) In der Deputirtenkammer erklärte heute der Minister des Aeußern, Hr. Bermudez de Castro, auf eine Interpellation bezüglich des Bombardements von Balparaiso: wenn die amerikanischen Republik den Krieg fortsetzen, so wird Spanien sein energisches Handeln fortsetzen.

Belgien.

Brüssel, 21. Mai. (Fr. Z.) Einem in diplomatischen Kreisen sehr verbreiteten Gerücht zufolge wäre der Graf v. Flandern vom Kaiser Napoleon beauftragt worden, Leopold II. und dessen königliche Gemahlin zu einem Besuch an den Kaiserhof einzuladen. Man fügt hinzu, daß der König bereits zugestimmt habe. In Claremont wird dies sehr übel vermerkt werden. Aber Leopold II. ist sehr selbständig und läßt sich blutwenig durch Familienverhältnisse bestimmen. — Die Kammer hat ihre Arbeiten vollendet und sich verlagert. Der Senat kommt morgen noch einmal für einige Tage zusammen. Dann wird die Session geschlossen und die große Wahlbewegung beginnt erst für die Wahlen der Provinzialräthe, dann für die der Erneuerung und der Verbesserung der Kammer. — In Betreff der europäischen Verwicklungen ist man hier merkwürdig ruhig. Man erwartet ungeduldig die Wendung der Dinge, gebahrt sich aber, als sei Belgien dabei politisch gänzlich uninteressirt. Vom Hofe wird diese Stimmung genährt. — In den Niederlanden ist man weniger beruhigt. Der Kriegsminister, Hr. Blandin, erwiderte Samstag auf eine Interpellation in der Zweiten Kammer betreffs des Gerüchts der Einberufung von vier Klassen der Miliz und sonstiger Bewaffnungsmaßregeln, er könne einwillen nur die Antwort geben, daß er unter allen Verhältnissen seine Pflicht zu erfüllen wissen werde und zur rechten Stunde, wenn es sein müsse, bereit sei. In Utrecht bilden die Studenten ein freiwilliges Korps, und jetzt spricht man auch im Haag davon, ein Gleiches zu thun. Man weiß hier eigentlich nicht recht, was man von diesen Rüstungen denken soll.

Amerika.

New-York, 10. Mai. Abends. (Per Africa.) Das Justizkomitee des Repräsentantenhauses ist ange-

wiesen worden, über ein Verfassungsamendement zu Gunsten der Erhebung eines Ausfuhrzolles von Baumwolle Bericht zu erstatten. Das Repräsentantenhaus hat ferner eine Resolution angenommen, wodurch demselben Ausschuss aufgetragen wird, über eine Bill zu berathen, welche die Zulassung eines Territoriums als Staat verbietet, wenn in dem Territorium farbigen das Stimmrecht verweigert ist, und welche eine verärgerte Verweigerung überhaupt als verfassungswidrig erklärt. Das von Rekonstruktionskomitee vorgeschlagene Amendement zur Verfassung ist im Repräsentantenhaus mit 128 gegen 37 Stimmen durchgegangen. — Im Senat ist eine Bill eingebracht worden, wodurch dem Präsidenten unterjagt werden soll, einen unter Mitwirkung des Senats angestellten Beamten, die Mitglieder des Kabinetts allein ausgenommen, seiner Stelle zu entsenden. — Den aus Veranlassung des Attentats auf den Kaiser von Rußland vom Repräsentantenhaus gefaßten Resolutionen ist der Senat beigetreten. — Der Präsident wird, wie man allgemein glaubt, gegen die von beiden Häusern beschlossene Erhebung Colorado's zu einem Staat sein Veto einlegen. Derselbe hat die Freilassung des Ex-Senators Swin gegen Ehrenwort beschaffen. Die Milde rung der Haft des Ex-Präsidenten des Konföderirten ist vom Minister McCulloch bestirmt worden. Frau Davis hatte eine lange Zusammenkunft mit demselben, worin sie ihm die Maßregel ans Herz gelegt haben mag. Wahrscheinlich wird nun auch der Prozeß von Davis nicht lange mehr verzögert werden. Die große Jury von Norfolk (Virginia) wird, wie man glaubt, gegen ihn und die andern Führer der Rebellion eine Anklageakte einbringen. In einer Ansprache an die Jury hob Richter Underwood die Nothwendigkeit, Verath zu bestrafen, hervor. — Ein schreckliches Ereigniß wird von Fort Goodwin in Arizona berichtet. Das Fort ward von Wilden überrumpelt und die ganze aus 124 Mann bestehende Besatzung niedergemetzelt. — Stephens, der Feinierführer, soll mit einem Dampfer aus Havre eben in New-York angekommen sein. Im Uebrigen fahren die Feinier fort, durch gegenseitige Anschuldigungen sich um den schwachen Rest von Kredit zu bringen, den ihr ganzes Unternehmen vielleicht noch besitzen möchte. — Die Cholera in der Quarantaine von New-York läßt nach, und den Zwischenpasse sageren des Dampfers „England“ konnte erlaubt werden, in die Stadt zu kommen.

New-York, 12. Mai. Mahoney, einer der Führer des Fenianismus, hat seine Bewegung aufgegeben. Stephens scheidet sich an, eine Rundreise durch die Verein. Staaten anzutreten. — Der „Styr“ hat St. Thomas am 1. Mai mit 1200 Mann französischer Truppen an Bord, die nach Vera Cruz bestimmt sind, verlassen. Hr. v. Monteholon soll die Unionsregierung in Kenntniß gesetzt haben, daß diese Truppen einfach die durch den Abgang der ausgedienten Soldaten entstandenen Lücken auszufüllen hätten.

La Plata-Staaten. Nach Berichten von Pajo de la Patria, die bis zum 9. April reichen, ist der Feldzug gegen Paraguay im Ernst eröffnet worden. Der „Anglo-Brasilian-Times“ vom 24. April berichtet: Die Flotte der Allirten hat ihre Operationen mit der Beschießung der Befestigungen am rechten Ufer des Parana begonnen. Das lebhafteste Feuer wurde von dem paraguayischen Fort, unterstüzt von einer schwimmenden Batterie, mit Erfolg erwidert; unter andern drangen zwei Bomben durch eine Stützforde des Panzerschiffes „Tamandare“, welche, inwendig platzend, 10 Mann tödteten und 24 verwundeten. Dem paraguayischen Fort gegenüber haben die Verbündeten auf dem Ufer und einer Flußinsel Batterien errichtet, aus denen ein Feuer auf das Fort unterhalten wird; Sondirungen des Parana sind bis nach Itati hinauf vorgenommen worden, und sollte ein gleichzeitiger Uebergang von 20,000 Mann bei Hapiru und Itati stattfinden.

Sächsisch-Deutsche.

Die „Allgem. Zeitung“ theilt eine vertrauliche Depesche des Hrn. v. Beust vom 16. Febr. an den sächsischen Gesandten in Berlin, Grafen v. Hohenthal, mit, der wir die wichtigsten Stellen entnehmen. Sie beginnt mit folgenden Worten: **Sw. r.** neuer Bericht erwähnt, daß in den dortigen ministeriellen Kreisen man sehr lebhaft die Popularitätssucht und den Liberalismus der sächsischen Regierung gerügt habe, mit dem Bemerkten: man wisse sehr wohl, daß diese Wandlung nicht allein leiblich in dem Antagonismus gegen Preußen ihre Ursache habe, sondern daß man auch hier diese Ursache ganz offen eingestehen. Ihrem Wunsch gemäß habe ich von dieser Mitteilung Hrn. v. d. Schulenburg gegenüber keinen Gebrauch gemacht, obgleich es mir sehr daran gelegen gewesen wäre, ihm durch einige eingehende Bemerkungen Anlaß zu aufklärender Berichterstattung zu geben. Um so weniger darf ich annehmen, mich gegen Sw. r. über jene Auffassung auszusprechen, damit Sie bei passender Gelegenheit in gleicher Weise sich äußern können.

Nachdem Hr. v. Beust sich beklagt, daß die deutschen Großmächte 1815–1848 das konstitutionelle System der kleineren Staaten „beengt“ hätten, auch Preußen für die Vorgänge von 1848 verantwortlich zu machen gesucht hat, fährt er fort: Mit den Dresdener Konferenzen, deren Erfolglosigkeit für eine Reform und Kräftigung des Bundes mindestens den Mittelstaaten nicht allein aufgeführt werden kann, wurde wenigstens die Eintracht wieder hergestellt. In fast allen deutschen Staaten, in den großen wie in den mittleren und kleinen, befolgte man unter den natürlichen Rückwirkungen einer Zeit der Ueberbürdung und deren sehr sichtbar gewordenen Folgen ein System, das weniger den Namen einer gefährlichen Reaktion, als den einer ängstlichen Vorsicht verdiente. Da trat plötzlich in Preußen ein Wechsel ein, der ohne alle zwingende Nothwendigkeit sich nicht darauf beschränkte, erkannte Mängel und Fehler zu verbessern, sondern mit großem Eifer einen radikalen Umschwung in Szene setzte, dessen ganzer Zuschnitt dazu angethan war, das in den andern deutschen Staaten bestehende System lächerlich und geächtet erscheinen zu lassen. Bald darauf brachte der Ausgang des italienischen Krieges in Oesterreich eine Wandlung hervor, welche, wenn auch in geringerm Grade, doch ebenfalls durch rasche und weitgreifende Uebergänge gleiche Wirkungen äußerte. Diesen Umge-

stellungen gegenüber hat die sächsische Regierung, wenn auch nicht sofort, doch nach und nach und ruhig fortschreitend in liberalere Bahnen eingelenkt. Sie hat sich dabei mehrfach zu überzeugen Gelegenheit gehabt, daß eine größere Beschränkung der Polizeigewalt, eine weniger ängstliche Handhabung der Press- und Vereinsgesetze nicht allein ohne Gefahr, sondern sogar weit besser als das frühere Verfahren geeignet sei, verderbliche Parteistrebungen zu vereiteln. Sie ist nach diesen Erfahrungen um so mehr zu dem Entschluß gelangt, das nunmehr angenommene neue System, zu dem der erste Impuls gerade von Preußen aus gegeben worden war, ohne Rücksicht auf den inzwischen dort eingetretenen Systemwechsel, festzuhalten und weiter zu verfolgen. Allerdings hat die sächsische Regierung dabei zwei politische Betrachtungen in den Kreis ihrer Erwägungen aufgenommen. Sie hat sich einestheils gesagt — und diese Betrachtung ist ihr von dem unter dem Ministerium Bismarck gerade in den letzten zwei Jahren befolgten System nahe gelegt worden —, daß eine in ihrer bündelgemäßen Stellung bedrohte Regierung vor Allem darauf hingewiesen sei, ihre Unabhängigkeit dem eigenen Lande gegenüber durch Selbstständigkeit des eigenen Regierungssystems zu behaupten und im guten Vernehmen mit dem eigenen Volk und dessen Vertretung zu leben. Alsdann hat sie aber auch eine Eventualität in's Auge zu fassen gehabt, welche der preussische Ministerpräsident erst kürzlich in öffentlicher Kammer Sitzung andeutete, indem er sagte: Ein liberales Ministerium werde doch über lang oder kurz kommen. Bei dem Eintritt dieser Eventualität wollen wir eben so wenig uns in der selbstständigen Leitung unserer innern Angelegenheiten führen lassen, als wir eine Rückwirkung des gegenwärtigen preussischen Systems auf dieselbe zugelassen haben. Betrachtungen dieser Art würden uns nicht bestimmen, Maßregeln zu ergreifen, die wir an sich für nachtheilig, oder andere zu unterlassen, die wir an sich für heilsam zu halten hätten; allein sie können sehr wohl dazu dienen, uns in der Ueberzeugung von der Güte des angenommenen Systems im Allgemeinen zu befestigen. Man sieht hieraus, daß es kein Antagonismus gegen Preußen ist, der unsere Schritte leitet, obgleich sie mit dem, was in Preußen vorgegangen ist und noch vorgeht, in mancher Wechselwirkung stehen. Ob wir unterdessen nicht weit mehr Ursache hätten, über das, was in Preußen geschieht, zu klagen, ob ein System, welches fortwährend herausfordernd alle revolutionären Elemente in Gährung verlegt, welches das öffentliche Vertrauen zu verfassungsmäßigen Zuständen, ja, zu dem Schutze der Rechtspflege erschüttert, nicht über kurz oder lang auf die übrigen deutschen Staaten in verächtlicher Weise zurückwirken muß, das sind Fragen, die der Verantwortung kaum bedürfen.

Ueber die Popularität, die Hr. v. Beust zu genieszen glaubt, äußert er sich u. A. folgendermaßen: Sie ist ferner dem Umfange zu verdanken, daß die Regierung, ohne sich ihrer Selbstständigkeit und ihrer Autorität zu entäußern, ihre Aufgabe nicht darin erblickt, mit Schroffheit aufzutreten und durch ihre Sprache zu verletzen, sondern vielmehr darin, sich keiner Erwägung entgegenstehender Ansichten zu verschließen, durch Ueberzeugung zu wirken, und durch achtungsvolle Behandlung der Landesvertretung die Verschlingung mit derselben zu erleichtern.

Baden.

Δ Karlsruhe, 24. Mai. Am 2. Juni wird das schöne Denkmal, welches unserm unvergesslichen Redenbacher die Liebe seiner Schüler und Freunde in den inneren Räumen des hiesigen Polytechnikums errichtet hat, enthüllt werden. Der schwere Ernst der Zeiten, welcher alle Gemüther der Freude verschließt, hat zwar genöthigt, auf alle sonst bei derartigen Anlässen herkömmlichen Festlichkeiten zu verzichten; es würde nicht im Sinn des Verliebten sein, wollten seine dankbaren Verehrer in so traurigen Tagen ihm zu Ehren sich lauten Jubel überlassen. Aber auch die schlimmste Lage unserer vaterländischen Dinge schließt eine ernste, stille geistige Feier nicht aus. Vielmehr ist nichts geeigneter, den Sinn zu erheben und zu kräftigen, als eine würdige Gedenkfeier für einen großen Todten, der mit männlicher Kraft aus den schwierigsten Verhältnissen sich emporzuschwang auf einen Ehrenplatz unter Denen, welche sich um die Wissenschaft, um Schule und Leben in Deutschland verdient gemacht haben.

Die Feier wird in der Weise beabsichtigt, daß zuerst in dem Hörsaal, wo Redenbacher mit unvergleichlicher Lehrgabe Tausende von Schülern zu tüchtigen Arbeitern auf dem Feld der Technik und Industrie herangebildet, sein Nachfolger die Festrede über den Verstorbenen hält, dann vor dem Denkmal einer seiner Schüler der dankbaren Erinnerung Worte gibt, darauf das Denkmal enthüllt wird, und der jetzige Direktor dasselbe im Namen der Anstalt in Empfang nimmt. An Sr. Königl. Hoheit den Großherzog, Ihre Großh. Hoheiten den Prinzen Wilhelm und Markgrafen Max, an die Mitglieder des Staatsministeriums, an das Präsidium der Zweiten Kammer, an die Familien des Verstorbenen, an seine Schüler, an ihm nabestehende Freunde, an die Spitzen der Behörden unserer Stadt, sodann an die polytechnischen Schulen, welche für das Denkmal Theilnahme bewiesen haben, ist eine Einladung ergangen, die Feier durch ihre Gegenwart zu erhöhen.

Δ Pforzheim, 24. Mai. Gestern beordigte man hier den bisherigen Verwalter der hiesigen groß. Heil- und Pflanzanstalt, Hrn. L. Kiefer. Derselbe litt schon längere Zeit an einem Augenübel, das ihn aber in seiner Berufstätigkeit nicht besonders hinderte. Am Pfingstmontag verschied er, nachdem er kurz vorher nach Hause zurückgekehrt war, plötzlich. Ein heftiger Bluterguß war die Ursache des raschen Todes.

Vermischte Nachrichten.

— **Mannheim, 24. Mai.** (N. B. Bds. 31g.) Die Spinnerei Dagersheim hat den Betrieb nicht ganz eingestellt, sondern nur auf vier Tage in der Woche beschränkt.

— **Stuttgart, 23. Mai.** Die Früchte der letzten Tage haben in Garten und Weinberg großen Schaden angerichtet und den Obstertrag bedeutend vermindert. Leider ist zu befürchten, daß sie auch den Fruchtseldern stark geschadet haben. An Obst war ein außerordentlich reichlicher Ertrag in Aussicht gestanden, der fast ganz vernichtet ist.

— **München, 19. Mai.** Der greise König Ludwig I. hat eine Benediktinerabtei in Schäßlar gestiftet.

— **Lindeau, 22. Mai.** (Allg. 31g.) Heute mit Oligzug traf König Ludwig II. von Bayern in Begleitung eines Dieners hier ein. Sr. Maj. reist im strengsten Incognito, und fehte sogleich die Fahrt mittelst Dampfboots nach Norfisch fort. Die Reise wird die schon vor mehreren Tagen in schweizerischen Zeitungen angezeigte Zusammenkunft mit Richard Wagner begründen.

— **Regensburg, 22. Mai.** (Allg. 31g.) Gestern starb hier der Fürst Paul Anton Esterhazy von Galantha; er hielt sich seit seiner Insolvenzklärung beim Fürsten von Thurn und Taxis, einem Bruder seiner Gemahlin, auf, war im Jahr 1786 geboren, und hinterläßt einen Sohn und zwei Töchter.

— **Karl Guplow** hat nach völliger Wiederherstellung seiner Gesundheit eine Wohnung in Kesselsdorf bei Hanau gemiethet, wohin er mit seiner Familie überzusiedeln gedenkt.

— **Frankfurt, 23. Mai.** (N. B. 3.) Bei dem Bureau des Abgeordneten Tages ist eine Erklärung von einer Anzahl hiesiger Abgeordneter eingegangen, in welcher dieselben wegen der verspäteten Einberufung gegen alle Beschlässe Verwahrung einlegen. Ferner haben etwa 12 der anwesenden preussischen Abgeordneten erklärt, sie seien durch den raschen Abschluß der Verhandlungen verhindert worden, die Äußerungen des Hrn. Dr. Frese über die Bestrebungen der Mehrheit des aufgelösten preussischen Abgeordnetenhauses zu berichtigen. Im Uebrigen hielten sie es nicht „der Mühe werth“, auf die Beschuldigungen des Hrn. Dr. Frese nur ein Wort zu erwidern.

— **Düsseldorf, 22. Mai.** In einer Adresse an Sr. Maj. den König, welche die hiesigen Stadtbehörden abgehandelt haben, heißt es: „Die Pflichten gegen Sr. Maj., unsern erhabenen Landesherren, und gegen unsere Stadt würden wir verletzen, wollten wir die trostlosen Zustände verschweigen, in welche die drohende Kriegsgefahr unsere Stadt geführt hat. . . . Diese Zustände haben die Bedürfnisse unserer Stadt und, wie wir aus der unmittelbaren Kenntniß wissen, aller Nachbarorte, gewiß auch des ganzen Landes, auf das tiefste befürt und eine Aufregung hervorgerufen, welche zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Und die Ursache von allem diesem Unglück ist die Gefahr eines Krieges, der die deutschen Lande zerreißt, die nationalen Hoffnungen zerbricht, dem die Begeisterung der glorreichen Freiheitskämpfe nicht zur Seite steht und der in allen Fällen über Deutschland unabsehbares Unglück, insbesondere aber unserer Provinz die Gefahr bringen wird, vom deutschen Vaterland losgerissen zu werden. Sr. Maj. bitten wir inständig, die Gefahr solch schrecklichen Krieges, eines Krieges zwischen Brüdern, die nach Abstammung und Sitte zur Erhaltung gemeinsamer Interessen und zur Abwehr lauernder auswärtiger Feinde ewig fest zusammenstehen sollen und die auch jetzt keinen Krieg wollen, allernächst abzuwenden u. s. w.“

— **Kulmburg, 22. Mai.** (Fr. 3.) Das Langensalzaer Kreisblatt macht offiziell bekannt: „Alle diejenigen, welche als Marketen oder Marketenbesitzer den bevorstehenden Feldzug mitmachen wollen, werden hiermit aufgefordert, sich dieserhalb bei den Herren Eseladronschefs zu melden.“ — Die Mißstimmung, womit die einberufenen preussischen Landwehrmänner und Reservisten diesem Feldzug entgegen gehen (man hat bis zum Jahrgang 1854 zurückgegriffen), macht sich fast überall in sehr bedenklicher Weise bemerklich. Die Offiziere aber ertragen dieselbe, mag sie sich in bitterem Reden oder auch in thätlichen Erzeßen kundgeben, größtentheils mit bewunderungswürdiger Geduld, und hoffen, daß, wenn die Tumultuanten erst im Soldatenrock stehen, dann auch ein anderer Geist über sie kommen werde.

— **Leipzig, 22. Mai.** (Sch. M.) Der seit Sonntag bei uns versammelte erste deutsche Buchdruckerstag (34 Abgeordnete von 3 bis 4000 Buchdruckern in 96 Städten Deutschlands) wird heute seine Verhandlungen beendigen. Der erste Antrag der Tagesordnung, die Organisation der deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer zu einem Buchdruckerstag, der alle zwei Jahre zusammentritt und in der Zwischenzeit durch eine seine Beschlässe in Vollzug bringende und die Vorlagen vorbereitende ständige Kommission von 9 Mitgliedern vertreten wird, wurde am Sonntag angenommen, und der vom hiesigen Buchdrucker-Fortbildungsverein ausgehende Statutenentwurf mit einigen Abänderungen gutgeheißen. Gestern wurde auch, dem Antrag des Komitees entsprechend, die Gründung eines deutschen Vereins zur Errichtung von Produktivgenossenschaften, d. h. in diesem Fall Anlage von Verlagsgeschäften, aus einem von allen deutschen Buchdruckervereinen durch regelmäßige monatliche Einzahlungen der Arbeiter zu beschaffenden Fonds beschlossen.

— **Berlin, 21. Mai.** Die Dresdener Nachricht, daß der Kongreß allseitig angenommen sei, beruht anscheinend auf einem Mißverständnis des sächsischen Gesandten Hohenthal.

— **London, 21. Mai.** Nächstens erscheint eine Gedichtsammlung unter dem Titel: „Schattenbilder der Vergangenheit“ (Shadows of the Past), deren Verfasser der greise Diplomat und Wilsand Herrscher am Vespertus, Lord Stratford de Redcliffe, ist.

Die gegenwärtige Bevölkerung von Großbritannien und Irland wird von den Generalregistratoren auf 29,935,404 Köpfe angeschlagen, welche sich, wie folgt, vertheilen: England mit Wales 21,210,020, Schottland 3,153,413, und Irland 5,571,971.

— **Marau.** Im hiesigen Hafen ist eingetroffen: Schlepper „Stinnes II.“ mit den Schiffen „Luis“ (3755 Tnr.) und „Anna Maria“ (4798 Tnr.); abgefahren ist Schiff „Mains“ mit 5000 Tnr. Eisen nach Köln.

— **Hamburg, 20. Mai.** Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Vorussia“, Kapitän Schwensen, welches am 22. April von hier direkt nach Neu-York von Southampton abgegangen, ist nach einer Reise von 14 Tagen am Sonntag den 6. d., 2 Uhr Nachmittags, wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

23. Mai	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 11 40"	+ 5.0 R.	Sch. bew.	heiter, frisch	
Mittags 2	" 9.83"	+ 11.5 R.	"	"	Sonnensch., mild
Nachts 9	" 8.73"	+ 7.5 R.	stark	"	trüb, kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 25. Mai. 2. Quartal. 64. Abonnementsvorstellung. **Der schwarze Domino;** komische Oper in 3 Akten, von Auber.

Sonntag 27. Mai. 2. Quartal. 65. Abonnementsvorstellung. **Die Afrikanerin;** große Oper in 5 Akten, von Meyerbeer.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Juni d. J. werden die Postexpedition in Rippoldsau, sowie die Telegraphenstationen in Rippoldsau, Petersthal und Griesbach mit beschränktem Tagesdienste für die Dauer des diesjährigen Sommerdienstes wieder eröffnet werden.

Karlsruhe, den 24. Mai 1866.
Direktion der groß. Verkehrs-Anstalten.
S i m m e r.

3.1.223. Nr. 668. Mannheim.

Bekanntmachung.

Höherer Anordnung zufolge wird unsere unterm 14. d. Mis., Nr. 584, erlassene Aufforderung „Schwellenlieferung für die Eisenbahnbauten in Mannheim betr.“, da die Soumission zu unterbleiben hat, zurückgenommen; was andurch veröffentlicht wird.

Mannheim, den 23. Mai 1866.
Großh. bad. Wasser- und Straßenbau-Inspektion.
D y e r h o f f.

Literarische Anzeige.

3.1.202. So eben erschien bei A. Krüner in Stuttgart und ist in allen Buchhandlungen zu haben:
Ein Vortrag über die politische Noblesse im Verfassungsstaat mit besonderer Anwendung auf Baden.

Zugleich als Abhandlung einer allgemeinen deutschen Frage. Von einem badischen Staatsbürger. (Professor Hermann Goll in Karlsruhe.)
Preis 6 fr.

Anlehen des Gaswerks Bruchsal.

Die am 1. Juni d. J. fälligen Zinscoupons dieses Anlehens werden Auftrags zufolge von heute ab an meiner Kasse eingelöst.

Karlsruhe, den 25. Mai 1866.
Ed. Koelle.

Wiederholte Warnung.

Nachdem ich schon mehrmals bekannt machen ließ, man möge meinem Mündel Valentin Gerlach nicht börgen, so gelingt es demselben dennoch, besonders in der Umgegend, Schulden zu kontrahiren, und bin ich daher veranlaßt, wiederholt vor demselben zu warnen, da keine Zahlung zu erwarten ist.

Heidelberg, den 19. Mai 1866.
Rithaupt, Altbürgermeister.

Gehilfe-Gesuch.

In einer der größeren Apotheken der vor. dern Rheinpfalz wird sofort oder pr. 1. Juli ein Gehilfe gesucht. Salair 300 fl.

Näheres durch Juchoff & Stahl, Droguisten in Mannheim.

Buchhalter-Gesuch.

Ein geschäft des Schwarzwaldes wird ein verheiratheter Buchhalter gesucht, der zugleich die Korrespondenz theilweise zu besorgen hat.

Frankfurt Offerten mit Angabe der Referenzen besorgt unter Nr. 100 die Expedition der Karlsruh. Zig.

gehilfe.

Ein solider Schreibgehilfe, welcher eine schöne Handschrift schreibt, findet gegen gute Bezahlung anhaltende Beschäftigung. Eintritt sozgleich. Frankf. Offerten unter 3.1.224. besorgt die Expedition dieser Zeitung.

Gras-Verkauf

von Gemeinde- und Almend-Wiesen pro 1866.
Einladung.

Dienstag den 5. Juni: die Wiesen auf der Platt, im Obere und hinter Aue, Maßweide, Gänswiese, Hummelwiese, Apothekerstück, Reiserplatz, Hinterwiesen, links und rechts der Karlsruhe-er Straße, das neue oder Kleinfeld, die Plotterwiesen und der kleine Dreispiz bei der Unter- mühle; 150 Morgen.

Mittwoch den 6. Juni: die kurzen Stücke auf die Pflanz, die Nachweidwiesen an der Pflanz, das Tränksüß, die Grotzwiesen und die Thorwarts- wiesen; 169 Morgen.

Donnerstag den 7. Juni: die Neuwiesen; 120 Morgen.

Freitag den 8. Juni: die Zimmerplatzwiesen, die Hub- und Rennwiesen, die Wiesen von der Nachtwiese am Ententop zwischen den Gräben, die Wiesen auf der Tagweide und die Kuhweid- wiesen; 107 Morgen.

Samstag den 9. Juni, Nachmittags: die Bruchsteinwiesen, die Wiesen beim Brunnens- haus und Brettagasse; 18 Morgen.

Montag den 11. Juni: die Wiesen im Fildernach auf die Pflanz, das untere mittlere Stück, das Einholzwaldlein und das obere mittlere Stück, 126 Morgen bei Blantenloch und das kleine Hasenbruch bei Büchig. — Anfang bei Büchig.

Dienstag den 12. Juni: das große Hasenbruch, die Füllwiesen, der Rodenbühlweg, die Roden- bühlwiese und das Götzenstück, die Steggasse und das Hasenrainloch; 86 1/2 Morgen. — An- fang bei Blantenloch.

Mittwoch den 13. Juni: die Wiesen hinter dem Elmorgenbruch, die Leimengrube und der große Dreispiz bei der Schleimühle, das Dornwald- lein und die Speckwiesen; 133 Morgen.
Sollte Regenwetter eintreten, so findet wenn dasselbe nicht anhaltend und stark ist — die Versteigerung keine Unterbrechung.
Anfang Morgens 7 Uhr und Nachmittags 1 Uhr.
Durlach, am 14. Mai 1866.
Der Gemeinderath.
B ä h r e r.

Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Nach dem Rechnungsabschlusse der Bank für 1865 beträgt die Ersparniß für das vergangene Jahr 63 Procent

der eingezahlten Prämien.

Jeder Banktheilnehmer empfängt diesen Antheil nebst einem Exemplar des Abschlusses von den Agenten seines Bezirks, bei denen auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungsabschlusse zu jedes Versicherten Einsicht offen liegen.

Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenseitigen Feuerversicherungs-Gesellschaft beizutreten, geben die Unterzeichneten, sowie deren Agenten, bereitwilligst desfallsige Auskunft und vermitteln die Versicherung.

Ramheim, den 18. Mai 1866.

Rabus & Stoll,

General-Agenten der Feuerversicherungsbank f. D. in Gotha,

und die Herren Agenten:

Franz Perrin Sohn in Karlsruhe,

P. J. Bopp & Sohn in Kastatt,

J. Schanz in Durlach,

E. Schlatter in Mühlburg,

F. A. Schenk in Pforzheim,

L. Sonntag in Baden.

3.1.216.

Gasthof zum Salmen, Post, Wolfach im Kinzigthal,

comfortabel eingerichtet, gute Bedienung, billige Preise, zu jeder Zeit elegante Wagen zu Ausflügen nach den reizenden Thälern, empfiehlt sich bestens dem reisenden Publikum,
Wolfach, im Mai 1866,

Jacob Eberhardt.

3.1.218.

Gasthof zur Stadt Basel in Strassburg.

Dieser Gasthof mittleren Ranges, am Austerlitzer Platz gelegen, empfiehlt sich den geehrten Reisenden durch aufmerksame Bedienung, gute Küche und reine, preiswürdige Weine.

Der Besitzer: Ph. Arbogast.



3.1.217. Karlsruhe. Hausversteigerung.

Dienstag den 5. Juni d. J., Nachmittags 3 Uhr, wird das zum Nachlasse des Steinhauermeisters Karl Krömer dahier gehörige, nachbeschriebene Gebäude an Ort und Stelle selbst Ertheilung halber einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, und wenn ein annehmbares Gebot erfolgt, vorbehaltlich oberverordnungsständlicher Genehmigung, als Eigenthum zugeschlagen, nämlich:
Das an der Ecke der Durlacher- und Waldhorn- straße dahier, neben Leichterträger Zoller und längs der Waldhornstraße gelegene, mit Nr. 66 bezeichnete zweistöckige Wohnhaus nebst einstufigem Seitenbau, ein- stöckiger Werkstätte, Hausplatz, Garten bis auf den Landgraben stehend, und allem sonstigen liegenschaft- lichen Zugehör.

Karlsruhe, den 11. Mai 1866.

Großh. Notar

Stoll.

3.1.212.

Nr. 1430. Pfullendorf. Affordbegebung.

Für Reparaturen im Innern der Stadtpfarrkirche in Pfullendorf sollen die betreffenden Reparationsar- beiten, u. z.:

- 1) Mauer- und Steinhauerarbeit, im Anschlag zu 475 fl.
2) Tischnerarbeiten 394 fl.
3) Stuckaturarbeiten zu 250 fl.
4) Schmaler- und Vergolderarbeiten 1057 fl.
5) Kunstmalerei, im Anschlag zu 300 fl.

im Commissionsweg in Affordausführung gegeben werden.
Kostenüberschläge und Affordbedingungen können bei dem Stiftungsvorstand in Pfullendorf eingesehen werden.

Pfullendorf, den 16. Mai 1866.

Der Stiftungsvorstand: Ummenhofer, Kreis.

3.1.150.

Nr. 310. Waldkirch. (Ehren- feierung.)

Aus den Domänenwaldungen ver- steigern wir mit Vergleite
Dienstag den 5. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr,

im Gasthaus zum Hirschen (Post) in Etzsch aus dem Distrikt Kallmer:
3/4 Akr. fortenes Scheitholz, 10/4 Akr. fortenes Prügels Holz und 12 1/2 Akr. fortenes Wellen;
Mittwoch den 6. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr,

im Gasthaus zum Bären in Unterfimonswald aus dem Distrikt Kandelwald:
17 1/2 Akr. buchenes, 66 Akr. tannenes, 3 Akr. aspenes Scheitholz, 77 Akr. buchenes, 90 Akr. tan- nenes Prügels Holz und 24 Akr. buchenes Klotzholz, sowie 12 Koofe Abfahrris.

Das Holz im Kallmer sibt an einem guten Abfuhr- weg und wird von Domänenwaldhüter Ditsch in Etzsch den Steigerungsbietern auf Verlangen vor- gezeigt werden. Das Kandelholz im Kandelwald be- findet sich sämmtlich auf dem Stersbacher Holzplatz, und es ist Domänenwaldhüter Gehring in Unter- fimonswald mit dem Vorzeige desselben beauftragt.

Waldkirch, den 17. Mai 1866.

Großh. bad. Bezirksforst- rath.

3.1.156.

Nr. 11928. Heidelberg. (Ver- kaunntmachung.)

Die auf den 1. Juli d. J., so- dann 1. Januar und 1. Juli 1867 und 1. Januar 1868 fälligen Zinscoupons Nr. 17 bis 20 der Partia- obligatiou Nr. 10,225, im Betrage von 500 fl., des badischen Eisenbahnlehens vom Jahr 1842 ist dem Bestiger abhanden gekommen, und wird hiermit vor dem Erwerb derselben gewarnt, auch zugleich Zahlungs- sperre hierauf verfährt.

Heidelberg, den 8. Mai 1866.

Großh. bad. Amtsgericht. K a s e.

3.1.156.

Nr. 11928. Heidelberg. (Ver- kaunntmachung.)

Die auf den 1. Juli d. J., so- dann 1. Januar und 1. Juli 1867 und 1. Januar 1868 fälligen Zinscoupons Nr. 17 bis 20 der Partia- obligatiou Nr. 10,225, im Betrage von 500 fl., des badischen Eisenbahnlehens vom Jahr 1842 ist dem Bestiger abhanden gekommen, und wird hiermit vor dem Erwerb derselben gewarnt, auch zugleich Zahlungs- sperre hierauf verfährt.

3.1.134.

Nr. 7023. Radolfzell. (Aus- schlusserkenntniß.)

In Sachen mehrerer Gläubiger gegen die Gattin Josefa des Handelsmanns Jo- seph Schöffel von Singen, Forderung und Vorzugrecht.
Werden alle diezeitigen Gläubiger, welche in der heutigen Liquidationstagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse aus- geschlossen.

Radolfzell, den 18. Mai 1866.

Großh. bad. Amtsgericht.

S e i t z.

3.1.963.

Nr. 3824. Karlsruhe. (Bekannt- m a u n g.)

Heute wurde unter D. B. 12 des Gesell- schaftregisters eingetragen die aus der früheren Fir- ma Ludwig Lang (eingetragen zum Firmenregister unterm 28. März 1863) zum Betrieb der Metallsch- fabrikation neu gebildete offene Handelsgesellschaft, Firma: Louis Lang und sein Sohn Fréneré mit dem Sitz in Stadt Rehl. Gesellschafter Handels- mann Ludwig Lang und Fréneré Lang in Schlet- stadt. Beginn der Gesellschaft 1. April 1866. Jeder Gesellschafter vertritt die Gesellschaft für sich allein.

Karlsruhe, den 16. Mai 1866.

Großh. bad. Amtsgericht.

G i s e l e i n.

Table with columns: Frankfurt, 23. Mai 1866. Staatspapiere. Per compt. Obligation. Domb. 4% Obligation. Nassau 4 1/2% Obl. b. Rothsch. 91 P. etc.

Table with columns: Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten. 3 1/2% Frankfurt Bank 130 1/2 G. 4 1/2% Pfandbr. d. Hess. Hyp.-Bf. 594 G. etc.

3.1.150. Nr. 13,923. Karlsruhe. (Def- fentliche Aufforderung.) Die Witwe des großh. Majors Georg von Fankstein, Anna, ge- borne Gehalt, hier, hat um Einweisung in Besitz und Genuß des Nachlasses ihres verstorbenen Ehe- gatten gebeten. Etwaige Einsprüche hiergegen sind binnen vier Wochen bei Vermeidung des Ausschlusses hier zu erheben.

Karlsruhe, den 18. Mai 1866.

Großh. bad. Amtsgericht.

v. Vincenti.

3.1.144. Nr. 6126. Fabr. (Aufforderung.) Solbat Johann Theobald Schäfer von Meisenheim hat sich unerlaubter Weise von Haus entfernt. Der- selbe wird mit dem Bemerken zur Rückkehr aufgefor- dert, daß nach vorgeliehem Ablauf einer hierzu anbe- raumten Frist von

14 Tagen

die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Desertion werde beantragt werden. Zugleich wird das Vermögen desselben mit Beschlag belegt.

Lahr, den 19. Mai 1866.

Großh. bad. Bezirksamt.

E c c a r d.

3.1.186. Nr. 1630. Mannheim. (Urtheil.) J. U. E. gegen Franz Kugel von Gundelsheim, wegen Unterschlagung, wird auf geflogene Hauptver- handlung zu Recht erkannt:

Franz Kugel von Gundelsheim sei der Un- tererschlagung von Kleibern, im Werth von 7 fl., zum Nachtheil des Georg Voth, und von wei- teren Kleibern, im Werth von 26 fl. 48 kr., zum Nachtheil des Franz Prechter in Heidelberg, schuldig zu erklären, und deshalb zu einer Amts- gefängnißstrafe von acht Wochen, sowie zur Er- tragung der Kosten des Strafverfahrens und des Strafauflages zu verurtheilen.

Mannheim, den 15. Mai 1866.

Großh. Kreis- und Hofgericht. Strafkammer.

B e n d i e r.

3.1.160. Nr. 12,143. Freiburg. (Gröff- u n g.) Dem städtigen Anton Bodenbrunn von Sunkweier wird eröffnet, daß die gegen ihn ein- geleitete Untersuchung wegen verbrecherlicher Ver- bindung verübert Entwendung von Rohlen geschlossen und ihm überlassen sei, etwaige Anträge binnen 3 Tagen darüber, nachher bei großh. Rathsh. und Anklagekammer, zu stellen.

Freiburg, den 23. Mai 1866.

Großh. bad. Amtsgericht.

G r a e f f.